GEMEINDE VIERKIRCHEN

AUSZÜGE AUS DER NIEDERSCHRIFT ÜBER DIE ÖFFENTLICHE SITZUNG DES GEMEINDERATES

Sitzungsdatum:	Donnerstag, 11.12.2025
Beginn:	19:00 Uhr
Ende	20:21 Uhr
Ort:	im großen Sitzungssaal des Rathauses Vierkirchen

TAGESORDNUNG

Öffentliche Sitzung

1	Bekanntgabe nichtöffentlicher Gemeinderatsbeschlüsse	
2	Änderung der Erschließungsbeitragssatzung (EBS)	**BaEr/095/2025**
3	Bebauungsplan "Nr. 7 - 2. Änderung"	**BaEr/096/2025**
4	Bauturbo (§ 246e - BauGB) - Grundsatzbeschluss	**BaEr/097/2025**
5	Errichtung von Freiflächenphotovoltaikanlagen - Kriterien	**BGM/021/2025**
6	Kommunale Niederlassungsförderung zur Sicherstellung der medizinischen Versorgung in Vierkirchen; Förderrichtlinie	**BGM/022/2025**
7	Mitteilungen des Bürgermeisters	
8	Anfragen des Gemeinderates	

Frageviertelstunde für Bürgerinnen und Bürger

Erster Bürgermeister Harald Dirlenbach eröffnet um 19:00 Uhr die öffentliche Sitzung des Gemeinderates, begrüßt alle Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit des Gemeinderates fest.

ÖFFENTLICHE SITZUNG

1 Bekanntgabe nichtöffentlicher Gemeinderatsbeschlüsse

In Top 12 der nichtöffentlichen Sitzung am 23.10.2025 stimmte der Gemeinderat für die Vergabe der Aufträge für die Straßensanierungen 2025 an die Firma Seizmeier, Scheyern.

Die Vergabe des Auftrags zur Kanalerneuerung in der Asbacher Straße ging an die Firma Rieblinger, Weilach.

2 Änderung der Erschließungsbeitragssatzung (EBS)

Aufgrund von einigen Änderungen seit Inkrafttreten der Erschließungsbeitragssatzung der Gemeinde Vierkirchen am 01.07.1987 muss die Satzung in einigen Punkten geändert werden.

Das Erschließungsbeitragsrecht fällt ab sofort in die alleinige Gesetzgebungskompetenz der Länder. Somit erfolgt die Erhebung der Erschließungsbeiträge auf Grundlage des Kommunalabgabengesetzes (KAG).

Der Satzungstext wurde gemäß des Satzungsmusters des Bayerischen Gemeindetages nach den neuesten rechtlichen Gegebenheiten angepasst.

Der Entwurf der geänderten Satzung über die Erhebung von Erschließungsbeiträgen (Erschließungsbeitragssatzung – EBS), in dem die Änderungen gelb kenntlich gemacht sind, ist diesem Beschluss beigefügt.

Beschluss:

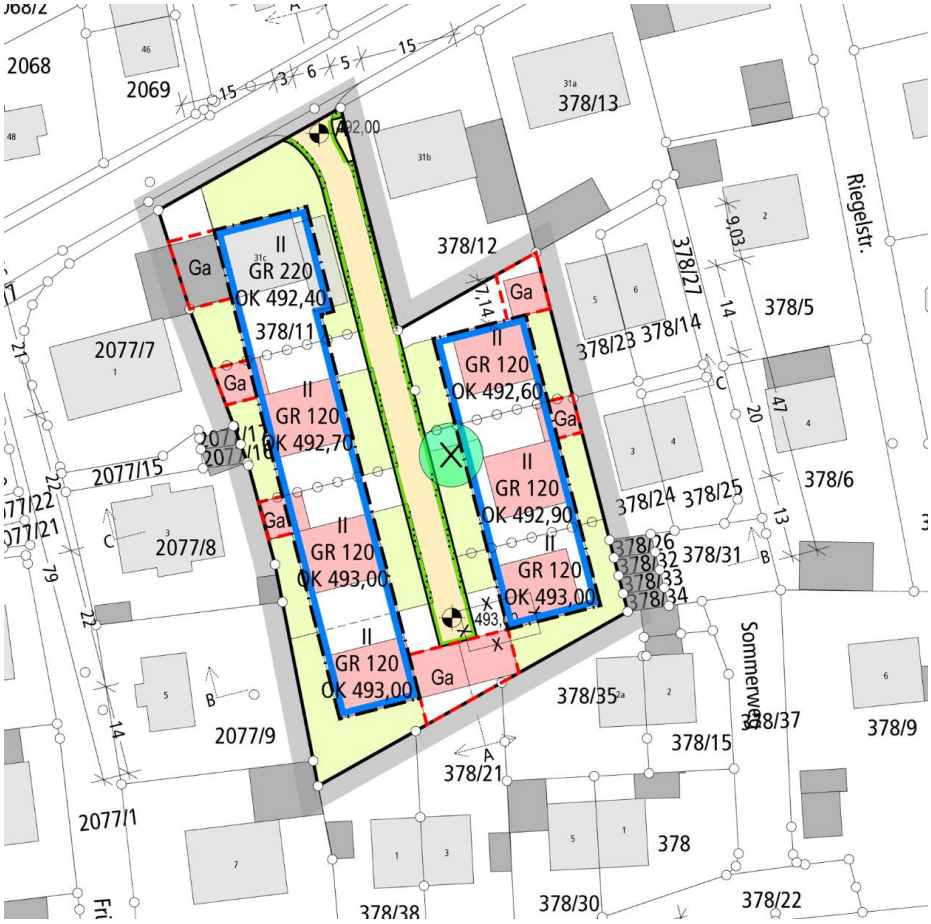
Der Gemeinderat beschließt die Änderung der Satzung über die Erhebung von Erschließungsbeiträgen (Erschließungsbeitragssatzung – EBS) und beauftragt die Verwaltung, die neue Satzung ortsüblich bekannt zu machen. Die Satzung wird als Anlage zum Gegenstand dieses Protokolls erhoben.

Einstimmig beschlossen
Ja 16 Nein 0 Anwesend 16

3 Bebauungsplan "Nr. 7 - 2. Änderung" Beschluss zur Billigung und frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden und Träger öffentlicher Belange

Der Gemeinderat hat in seiner öffentlichen Sitzung am 23.01.2025 die 2. Änderung des Bebauungsplans „Nr. 7“ im Ortsteil Esterhofen beschlossen. Mit der Planung wurde das Architekturbüro Werner Schaffner aus München beauftragt. Der Entwurf in der Fassung vom 11.12.2025 wird dem Gremium vorgestellt. Er beinhaltet ein großes Baufenster mit

Platz für 6 Baukörper mit einer Grundfläche von jeweils 120 m², sowie die jeweiligen Flächen für Stellplätze oder Garagen.



Ausschnitt Bebauungsplan „Nr. 7 – 2. Änderung“

Beschluss:

1. Der Gemeinderat billigt auf Grundlage der Vorstellung den Entwurf des Bebauungsplanes „Nr. 7 – 2. Änderung“ mit Grünordnungsplan und Begründung in der Fassung vom 11.12.2025.

2. Die Verwaltung wird beauftragt, die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 Abs. 1 BauGB und die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB durchzuführen.

Einstimmig beschlossen
Ja 16 Nein 0 Anwesend 16

4 Bauturbo (§ 246e - BauGB) - Grundsatzbeschluss

Seit dem 30.10.2025 ist das „Gesetz zur Beschleunigung des Wohnungsbaus und zur Wohnraumsicherung“ in Kraft.

Der Bauturbo - § 246e BauGB soll die Schaffung von Wohnraum erleichtern und beschleunigen, ohne kommunale Planungshoheit oder die Rechte der Nachbarn unangemessen zu beeinträchtigen. Er ermöglicht Abweichungen von den Regelungen des Baugesetzbuchs (BauGB), sowie von der Baunutzungsverordnung und städtebaulichen

Satzungen.

Der § 246e BauGB ist eine Kann-Vorschrift, das bedeutet, dass die Gemeinde die Möglichkeit hat, den Bauturbo anzuwenden, jedoch nicht dazu verpflichtet ist. Die Entscheidung der Gemeinde über die Zustimmung ist in jedem Fall für die Baugenehmigungsbehörde bindend.

Gemäß § 2 Abs. 8 der Geschäftsordnung des Gemeinderats der Gemeinde Vierkirchen (GeschO) ist der Gemeinderat für den Erlass, die Änderung und die Aufhebung von Satzungen und Verordnungen zuständig. Hierunter fallen auch Entscheidungen über Abweichungen von städtebaulichen Satzungen, sobald sie satzungsaufhebende Wirkung haben (z.B. Grundzüge der Planung in Bebauungsplänen).

Umfangreiche Erläuterungen zum Bauturbo finden sich in der als Anlage hinterlegten Präsentation des LRA Dachau bzw. in einem Videopodcast, der vom Bayerischen Gemeindetag in Zusammenarbeit mit dem Planungsverband München und der Rechtsanwaltskanzlei Döring und Spieß zur Verfügung gestellt wird. (https://www.pv-muenchen.de/leistungen/verbandskommunikation/veranstaltungen/bauamtsleitertreffen/videopodcast-bauturbo)

Der Gemeinderat diskutiert über drei Beschlussvarianten:

1. Der Gemeinderat beschließt die Zustimmung zu den Abweichungen des Bauplanungsrechts im Sinne des Bauturbo § 246e BauGB und der Spezialvorschriften in den §§ 31 Abs. 3 und 34 Abs. 3b vorerst grundsätzlich nicht zu erteilen.
oder
2. Der Gemeinderat beschließt den „Bauturbo“ im Einzelfall anzuwenden und die Entscheidung über die Zustimmung zu den Abweichungen des Bauplanungsrechts im Sinne der §§§ 31 Abs. 3, 34 Abs. 3b und 246e BauGB dem Bauausschuss zu übertragen. Alle anderen Entscheidungen bezüglich Zustimmungen zum Gesetz zur Beschleunigung des Wohnungsbaus und zur Wohnraumsicherung trifft der Gemeinderat.
oder
3. Der Gemeinderat entscheidet im Einzelfall über alle Zustimmungen zu den Abweichungen im Sinne des Gesetzes zur Beschleunigung des Wohnungsbaus (Bauturbo).

GR Drexler erkundigt sich nach Anwendungsbeispielen im Gemeindebereich. Bürgermeister Dirlenbach bestätigt, dass diese fehlen, da zum Beispiel das potentielle Baugebiet Pasenbach Nord 3 zu groß und der in Top 2 behandelte Bebauungsplan bereits im Verfahren sei.

GR Sperr frägt, ob ein nach „Bauturbo“ genehmigter Bauantrag ebenfalls vier Jahre gültig sei. Der Vorsitzende bejaht dies. Als Option obliege es der Gemeinde, mit einem städtebaulichen Vertrag einen Bauzwang auszusprechen.

GR Eichinger und GR Grimmer bekräftigen ihn Vertrauen in die Entscheidungen des Bauausschusses und sprechen sich für Variante zwei aus, während GR Drexler und GRin Brosche für Variante drei plädieren.

Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt Variante 3 ab: Der Gemeinderat entscheidet im Einzelfall über alle Zustimmungen zu den Abweichungen im Sinne des Gesetzes zur Beschleunigung des Wohnungsbaus (Bauturbo).

Mehrheitlich beschlossen
Ja 14 Nein 3 Anwesend 17

5 Errichtung von Freiflächenphotovoltaikanlagen - Kriterien

Auf dem Gemeindegebiet der Gemeinde Vierkirchen werden bereits jetzt erhebliche Mengen an erneuerbaren Energien gewonnen. Dazu tragen insbesondere Biomasseanlagen, Photovoltaikanlagen und KWK-Anlagen (Kraft-Wärme-Kopplung) bei, die weit über das doppelte an Energie erzeugen, als im gesamten Gemeindegebiet verbraucht wird. Im Sinne des Klimaschutzes steht Vierkirchen der Errichtung von Anlagen zur Gewinnung erneuerbarer Energien nicht entgegen. Dazu können auch Photovoltaikanlagen auf Freiflächen einen Beitrag leisten.

Da mittlerweile mehrere größere Anlagen mittels Bebauungsplanverfahren in Betrieb oder beschlossen bzw. in der Abwägungsphase sind, möchte der Gemeinderat einen Überblick über die gesamte Flächensumme der Freiflächenphotovoltaikanlagen vorgestellt bekommen, um sich über die weitere Vorgehensweise zu zusätzlichen Anträgen für Freiflächenanlagen zu beraten.

Bislang sind im Gemeindegebiet folgende Anlagen in Betrieb bzw. geplant:

- Solarpark Vierkirchen (in Betrieb) 2,93 ha
- Solarpark Jedenhofen I (Satzungsbeschluss) 24,92 ha
- Solarpark Jedenhofen II (Verfahren) 15,54 ha
- Solarpark Vierkirchen (privilegiert) 6,47 ha

Dies ergibt in Summe eine Gesamtfläche von 49,86 ha (entspricht 2,57 % der Gemeindefläche), die mit Freiflächenphotovoltaik belegt ist. Ohne die privilegierte Fläche entspricht dies dem aktuelle Wert **43,39 ha** und somit **2,29 %** der Gemeindefläche.

Sofern die Gemeinde über Kriterien regeln möchte, wie künftig mit weiteren Anträgen umzugehen ist, wäre ein mögliches Kriterium, die Gesamtfläche im Verhältnis zur Gemeindefläche zu begrenzen. Weitere Kriterien könnten Flächen-konzentrationsmerkmale, max. Anlagen pro Jahr, Flächengröße (min./max.), Boden- bzw. Ackerwerte, wirtschaftliche Bedeutung für die Gemeinde etc. sein.

Weiterhin ist zu berücksichtigen, dass sogenannte „Privilegierte Flächen“ vorhanden sind, weil eine doppelgleisige Bahnlinie das Gemeindegebiet durchquert und per Gesetz in einem Korridor von 200 Meter entlang dieser Bahnlinie (äußerer Gleiskörper) genehmigungsfrei Freiflächenphotovoltaikanlagen errichtet werden können.

Sollte der Gemeinderat entscheiden, dass der Gesamtumfang von Freiflächenfotovoltaikanlagen einen prozentualen Wert der Gesamtfläche der Gemeinde nicht übersteigen soll, so müsste dieser Wert ohne die privilegierten Potenzialflächen bestimmen werden.

Beispielhaft für eine Gesamtobergrenze würden folgende Werte gelten:

- Bei Begrenzung auf 2,5 %: max. 48,46 ha (freies Potenzial 5,07 ha)
- Bei Begrenzung auf 3,0 %: max. 58,15 ha (freies Potenzial 14,76 ha)

Grob geschätzt liegt die theoretische Fläche für den Bau von privilegierten Anlagen bei ca. zusätzlichen 50 ha.

GR Sperr, GR Kohmann und GR Neubauer sprechen sich in Anbetracht der zu erwartenden privilegierten Flächen für das Einfrieren der jetzt vorhandenen Flächen aus, während GRin Brosche entgegnet, dass nicht sichergestellt sei, dass Anlagen auf diesen Flächen überhaupt entstehen und eine Deckelung eventuell gar nicht nötig sei.

GRin Eberl würde dafür plädieren, die Gründe der Einschränkung richtig zu kommunizieren, um keine falsche Außenwirkung zu erzeugen. GR Drexler widerspricht, da seiner Ansicht nach bezüglich bereits verbauten Freiflächen-PV-Anlagen die Gemeinde Vierkirchen im bayernweiten Vergleich sehr weit vorne läge.

Beschluss:

Nach Abwägung beschließt der Gemeinderat,

1. dass der Gesamtumfang der Freiflächenfotovoltaikanlagen im Gemeindegebiet auf 2,3 Prozent im Verhältnis zur Gesamtgemeindefläche festgelegt wird.

2. dass per Gesetz privilegierte Flächen nicht in die Gesamtumfangsberechnung einberechnet werden.

3. dass sonst keine weiteren Kriterien festgelegt werden.

Einstimmig beschlossen
Ja 17 Nein 0 Anwesend 17

6 Kommunale Niederlassungsförderung zur Sicherstellung der medizinischen Versorgung in Vierkirchen; Förderrichtlinie

Der Bürgermeister erläutert die Fördermöglichkeiten und Maßnahmen zur Sicherstellung der ambulanten Versorgung in Bayern
(vgl. https://www.kvb.de/praxis/finanzielle-foerdermoeglichkeiten und
https://www.lgl.bayern.de/gesundheit/gesundheitsversorgung/bayerische_gesundheitsagentur/niederlassungsfoerderung/antragstellung.htm)
und informiert über den aktuellen Sachstand.

Der Bürgermeister teilt mit, dass eine wohnortnahe medizinische Versorgung auf qualitativ hohem Niveau ohne zusätzliche kommunale Förderung höchstwahrscheinlich nicht erreicht werden kann. Der Raum Dachau gilt mit einem Versorgungsgrad von 112,92 Prozent nach den bundesweit einheitlichen Vorgaben als überversorgt, so dass mit Abwanderung einer kassenärztlichen Zulassung dauerhaft keine weitere Zulassung als wahrscheinlich gilt, selbst wenn sich zu einem späteren Zeitpunkt ein Arzt in Vierkirchen ansiedeln möchte.

Um die medizinische Versorgung in Vierkirchen langfristig zu sichern, schlägt er deshalb

vor, interessierten Ärzten oder Psychotherapeuten die Entscheidung für eine ärztliche, psychotherapeutische bzw. gewerbliche Niederlassung in Vierkirchen durch folgende Maßnahmen zu erleichtern:

- Gleichstellung der Interessenten mit zugelassenen Bewerbern im Baulandmodell
- Zusicherung eines Betreuungsplatzes in den Kindertagesstätten
- Übernahme ggf. anfallender Kosten für die Vertragsarztzulassung (Kauf der kassenärztlichen Zulassung) bis max. 40.000 Euro bei einer 10-jährigen Vertragsbindung, bei 5-jähriger Vertragsbindung die Hälfte **oder**
- Beteiligung an den Gründungskosten der (Gemeinschafts-)Praxis bis max. 40.000 Euro, bei Psychotherapeuten oder Logopäden bis max. 20.000 Euro bei einer 10-jährigen Vertragsbindung, bei 5-jähriger Vertragsbindung die Hälfte.

Die Kostenbeteiligungen durch die Gemeinde setzten voraus:

- rechtskräftige Zulassung der Zuwendungsempfänger zur vertragsärztlichen oder vertragspsychotherapeutischen Versorgung auf dem Gebiet der Gemeinde Vierkirchen
- Verpflichtung der Zuwendungsempfänger, die ärztliche Tätigkeit innerhalb von sechs Monaten nach der zulassungsrechtlichen Entscheidung aufzunehmen
- Verpflichtung der Zuwendungsempfänger, die Niederlassung bzw. Filialbildung für mindestens 60 Monate aufrechtzuerhalten und dort die ärztliche Tätigkeit in diesem Zeitraum auch tatsächlich auszuüben (im Falle der Filialbildung im Umfang von mindestens zehn Stunden pro Woche an mehreren Tagen in der Filialpraxis)

Rechtliche Würdigung:

Die Förderung erfolgt als pauschale Festbetragsförderung nach Maßgabe der De-Minimis-Verordnung (EU) Nr. 1407/2013 der Kommission vom 18. Dezember 2013 über die Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union.

Zentrales Ziel der Gemeinde Vierkirchen ist es, für alle Bürgerinnen und Bürger unabhängig von Alter, Einkommen und sozialer Herkunft eine wohnortnahe und qualitativ hochwertige ambulante medizinische Versorgung im Rahmen ihrer Daseinsvorsorgepflicht zu gewährleisten. Zur Erreichung dieses Zwecks soll die Niederlassung von Heilberufen, die an der hausärztlichen und der allgemeinen fachärztlichen Versorgung der Bevölkerung teilnehmen, nach Maßgabe der vorgenannten Regelung finanziell unterstützt werden.

Das Kommunalbüro des LGL (Bayerisches Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit) wurde hinsichtlich der Zulässigkeit einer kommunalen Niederlassungsförderung beratend hinzugezogen. Hierbei wurde auch über das grundsätzliche (finanzielle) Engagement von Gemeinden zur Verbesserung der ambulanten ärztlichen Versorgung gesprochen. Diesbezüglich wurde nachstehend folgende Ausführungen zur Verfügung gestellt, die das Bayerische Staatsministerium für Gesundheit, Pflege und Prävention (StMGP) in Abstimmung mit dem Bayerischen Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration (StMI) ans LGL übersandt hat:

"Ein Engagement einer Gemeinde zur Verbesserung der ambulanten ärztlichen Versorgung setzt grundsätzlich voraus, dass es der Erfüllung einer gemeindlichen Aufgabe dient. Die Sicherstellung der ambulanten medizinischen Versorgung ist vorrangig gesetzliche Aufgabe der Kassenärztlichen Vereinigung Bayerns (KVB), vgl. § 75 Abs. 1

SGBV. Maßnahmen von Gemeinden, die dem Erhalt und der Verbesserung der ambulanten medizinischen Versorgung dienen, kommen daneben nur ausnahmsweise in Betracht.

Im Rahmen ihres kommunalen Selbstverwaltungsrechts können Gemeinden grundsätzlich alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft, die nicht durch Gesetz bereits anderen Trägern öffentlicher Verwaltung übertragen sind, freiwillig übernehmen. Gemäß Art. 83 Abs. 1 der Bayerischen Verfassung und Art. 57 Abs. 1 der Gemeindeordnung fällt in den eigenen Wirkungskreis der Gemeinden auch das örtliche Gesundheitswesen. Die ambulante ärztliche Versorgung kann daher unter bestimmten Umständen als gemeindliche Aufgabe der Daseinsvorsorge anzuerkennen sein. Ein derartiges Engagement setzt aus kommunalrechtlicher Sicht jedoch stets voraus, dass es sich innerhalb der Grenzen der Leistungsfähigkeit der jeweiligen Gemeinde bewegt.

Es kann daher vertretbar sein, wenn Gemeinden unter Berücksichtigung der spezifischen örtlichen Verhältnisse und der Versorgungslage bei ärztlichen Leistungen die Entscheidung treffen, im Rahmen der Daseinsvorsorge zur Verbesserung der medizinischen Versorgung freiwillig Aufgaben zu übernehmen, die das Angebot der originär verpflichteten KVB ergänzen und über dieses hinausgehen. In diesem Fall ist auch der Einsatz von Haushaltsmitteln der Gemeinde ausnahmsweise vertretbar.

Um die Wettbewerbsneutralität der öffentlichen Hand zu wahren und eine selektive willkürliche Begünstigung einzelner Wettbewerber zu vermeiden, müssen für die Gewährung der Zuwendung objektiv nachvollziehbare, nichtdiskriminierende und nachprüfbare Kriterien zu Grunde liegen. Es empfiehlt sich, dass der Gemeinderat über die entscheidenden Vergabe- und Auswahlkriterien Beschluss fasst und diese - beispielsweise in einer Förderrichtlinie der Gemeinde - bekanntmacht, um die nötige Transparenz herzustellen.

Gemeinden, die den Wunsch haben, das ambulante ärztliche Versorgungsangebot in ihrer jeweiligen Kommune mitzugestalten und insbesondere stärker auf den Erhalt oder die Neugewinnung von Arztpraxen im eigenen Ort einzuwirken, können diese Aufgaben unter Beachtung oben stehender Ausführungen freiwillig übernehmen."
GRin Eberl regt an, zu klären, ob in Vierkirchen nicht eventuell Bedarf für einen anderen Arzt bzw. Facharzt bestehen würde. Der Vorsitzende erklärt, dass dafür andere Zulassungsrichtlinien gelten würden und nichts mit der Sicherung der Hausarztversorgung im Ort zu tun hätten.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt, die Niederlassung von Ärzten oder Psychotherapeuten in Vierkirchen mit den folgenden Maßnahmen zu fördern (Richtlinie zur Sicherstellung der medizinischen Versorgung in Vierkirchen):

- Gleichstellung der Interessenten mit zugelassenen Bewerbern im Baulandmodell
- Zusicherung eines Betreuungsplatzes in den Kindertagesstätten
- Übernahme ggf. anfallender Kosten für die Vertragsarztzulassung (Kauf der kassenärztlichen Zulassung) bis max. 40.000 Euro bei einer 10-jährigen Vertragsbindung, bei 5-jähriger Vertragsbindung die Hälfte **oder**
- Beteiligung an den Gründungskosten der (Gemeinschafts-)Praxis bis max. 40.000 Euro, bei Physiotherapeuten oder Logopäden bis max. 20.000 Euro bei einer 10-

jährigen Vertragsbindung, bei 5-jähriger Vertragsbindung die Hälfte.

Die Kostenbeteiligungen durch die Gemeinde setzten voraus:

- rechtskräftige Zulassung der Zuwendungsempfänger zur vertragsärztlichen oder vertragspsychotherapeutischen Versorgung auf dem Gebiet der Gemeinde Vierkirchen
- Verpflichtung der Zuwendungsempfänger, die ärztliche Tätigkeit innerhalb von sechs Monaten nach der zulassungsrechtlichen Entscheidung aufzunehmen
- Verpflichtung der Zuwendungsempfänger, die Niederlassung bzw. Filialbildung für mindestens 60 Monate aufrechtzuerhalten und dort die ärztliche Tätigkeit in diesem Zeitraum auch tatsächlich auszuüben (im Falle der Filialbildung im Umfang von mindestens zehn Stunden pro Woche an mehreren Tagen in der Filialpraxis).

Die notwendigen Mittel sind im Haushalt 2026 einzuplanen. Der Bürgermeister wird beauftragt und ermächtigt, entsprechende Fördervereinbarungen abzuschließen.

Einstimmig beschlossen
Ja 17 Nein 0 Anwesend 17

7 Mitteilungen des Bürgermeisters

Bürgermeister Dirlenbach teilt mit, dass er eine Anfrage von ANTENNE BAYERN erhalten habe. Es ging um den Hendlstand am ehemaligen Edeka-Parkplatz, der dort angeblich nicht mehr erwünscht sei. Dirlenbach bestätigte dem Radiosender, dass die Gemeinde dem Hendlverkäufer ein gemeindeeigenes Grundstück zur Verfügung stellen würde, aber leider kein geeignetes (zentral, gut zugänglich, Parkmöglichkeiten) anbieten kann. Es habe sich nun herausgestellt, dass der Hendlanbieter vorübergehend in Pasenbach auf dem Grundstück der Zimmerei Huber stehen kann.

Die drei Bürgerversammlungen im Oktober in den Ortsteilen Pasenbach, Giebing und Vierkirchen seien zufriedenstellend gelaufen, die Besucherzahl sei leider etwas zurückgegangen. Die Anfrage eines Bürgers in der Bürgerversammlung in Vierkirchen bezüglich der hohen Geschwindigkeit, die oft in der Indersdorfer Straße aufgrund der parkenden Autos gefahren würde, konnte der Bürgermeister bei der Verkehrsschau mit der Polizei bereits klären. Die Parkflächen werden mit ausreichend Abstand durch Fahrbahnmarkierungen eingegrenzt, um das Vorbeifahren und Wiedereinordnen bei Gegenverkehr zu erleichtern.

Der Vorsitzende erinnert an den Christkindlmarkt der am kommenden Wochenende stattfinden werde (13. und 14. Dezember 2025).

Im Rathaus gibt es seit kurzem eine Sammelstelle für alte Handys.

Die *Bürgerbroschüre* wird im kommenden Jahr neu aufgelegt. Der Druck wird wieder über den REBA-Verlag erfolgen und auch nur dieser Verlag sei beauftragt, die Werbeanzeigen zu vermarkten. Es sei höchste Aufmerksamkeit geboten, da in diesem Zuge oft Betrüger mit teuren Werbeverträgen auf die Gewerbetreibenden zugehen würden.

8 Anfragen des Gemeinderates

GR Drexler gibt die Frage eines Bürgers weiter, ob das Gebäude die Ansiedlung eines Hausarztes im Gebäude Am Wirtsberg 4 bei der Errichtung als „Ärztehaus“ gedacht war und ob dort die Ansiedlung eines Hausarztes sinnvoll wäre. Der Vorsitzende kann dies nicht beantworten, da es sich um eine private Immobilie handelt.

GR Gamperl frägt, ob bereits abschätzbar ist, wie sich die Streichung des „Startgelds“, das lt. Bayerische Landesregierung stattdessen direkt in die Betreuungssysteme fließen soll, für die Gemeinde in den Kinderbetreuungskosten auswirken werde. Bürgermeister Dirlenbach teilt mit, dass die Auswirkungen erst in der nächsten Defizitabrechnung erkennbar sein werden.

GR Sperr bittet zu prüfen, ob auf dem Weg zur Vereins- und Kulturhalle eine neue Straßenbeleuchtung angebracht werden könne.

Frageviertelstunde für Bürgerinnen und Bürger

Ein Bürger frägt, wann der Bebauungsplan, der in Top 2 behandelt wurde öffentlich einsehbar sei und welcher Zeitraum für den Start einer Bebauung realistisch sei. Bauamtsleiterin Dietmayr teilt mit, dass die Einsicht in den Bauplan im Rathaus und auf der Homepage voraussichtlich ab Mitte nächster Woche (KW 51) möglich sein wird. Von Gemeindeseite her sei mit 6 bis 9 Monaten für die Bearbeitung des Bebauungsplanes zu rechnen. Wann im Anschluss daran der Start für die Bebauung möglich sei, läge laut Bürgermeister in privater Hand.

Ein Bürger erkundigt sich nach Interessenten für die Hausarztpraxis. Bürgermeister Dirlenbach teilt mit, dass er hierzu keinen Kommentar abgeben werde, da dies streng vertraulich behandelt werde.

Erster Bürgermeister Harald Dirlenbach schließt die Sitzung des Gemeinderates um 20:21 Uhr.

Vierkirchen, 22.12.2025

gez.	gez.
Harald Dirlenbach	Andrea Bestle
Erster Bürgermeister	Schriftführung